ALTDORF kritisch · ALTDORF sozial · ALTDORF demokratisch

DELUPE

04 / 2014

Nummer 146

Warum hier kein Kreisverkehr?



Fragen Sie das staatliche Straßenbauamt ...

SEPARATION – KOOPERATION – INTEGRATION – INKLUSION Ein Stimmungsbild aus der Sicht der Betroffenen

Nein - wenn der geneigte wie interessierte Leser erwartet, an dieser Stelle fachtheoretische Abhandlungen zum Thema zu erhalten, muss er/sie enttäuscht werden. Derlei gibt es genug – unser (schulisches) "Inklusionsregal" fasst mittlerweile 6 prall gefüllte, breite DIN A 4-Ordner. Zudem wird die Öffentlichkeit oftmals geradezu überschüttet mit fachlichen Abhandlungen, politischen Reden, Diskussionsforen wie Talkshows, öffentlichen Veranstaltungen, die sich – natürlich berechtigterweise – mit diesen wichtigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen befassen.

Was aus der Sicht der Betroffenen, den Menschen mit Behinderung, indes keinesfalls gerechtfertigt ist, sind pseudofachliche Veröffentlichungen, unmögliche Diskussionen selbsternannter Fachleute, unwürdige Veranstaltungen wie unsägliche Leserbriefe, die beim genannten Personenkreis nicht selten den "heiligen Zorn" aufsteigen lassen. Bar jedweder zumindest grundlegender Fachlichkeit und Kenntnis werden z.B. die in der Überschrift genannten Begriffe geradezu herausgeschleudert - handle es sich nun um Menschen mit Behinderung. Asylbewerber/innen, Senioren/innen, Drogenabhängige...! Und wenn es gerade passt, werden alle in einem Atemzug genannt oder/und es kommen Unwahrheiten, Verunglimpfungen, auch öffentliche Beschimpfungen hinzu.

Ebenso unerträglich wird es, wenn der jahrzehntelangen differenzierten Integrationsarbeit, den Betroffenen (bei Schülern – und deren Eltern) Hohn gesprochen wird. Die hektische Ausprägung der gesamten "Inklusionsdebatte" scheint vergessen zu machen, dass schon lange hochqualifizierte Fachleute wie Einrichtungen die gesellschaftliche Integration der Menschen mit Behinderung erfolgreich vorangetrie-

ben haben – auch ohne gesetzliche Verpflichtungen. Den echten Experten, nämlich den Betroffenen und deren Angehörigen, war und ist selbstverständlich täglich anschaulich bewusst, dass der Weg zur "vollständigen Inklusion"



noch sehr weit ist. Fachlich wie gesellschaftlich nicht hinnehmbar, ja in hohem Maße verletzend ist indes die ignorante Abqualifizierung oben erwähnter Integrationsarbeit, die sich übrigens nie mit einem selbstgefälligen Nimbus schmückt(e)!

Dass es noch sehr viel zu verändern gilt, zeigen oftmals z.B. nicht nur Fragen behinderter Schüler/innen und deren Eltern: "Warum werden immer nur bestimmte "Edelbehinderte" als Inklusionserfolge gezeigt? Wer spricht von der Inklusion unserer schwer(st)- und mehrfachbehinderten Kinder und Jugendlichen? Warum werden nicht gerade zunächst jene inkludiert, die zumindest kognitiv dazu in der Lage wären? Wann werden endlich die nötigen personellen und finanziellen Erfordernisse zur Verfügung gestellt?" – u.a.m. Das möge an dieser Stelle als Stimmungsbild vorerst genügen.

Ja – am 26. März 2009 wurde die UN-Behindertenkonvention auch von Deutschland ratifiziert und man hat sich verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu realisieren. Inklusion stellt ein Menschenrecht dar, ist in allen Lebensbereichen umzusetzen und bedeutet nicht nur schulische Inklusion. Artikel 24 beschreibt: "Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von

Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein Altdorf. - Redaktion: Karin Völkl (verantwortlich), Neumarkter Straße 33, 90518 Altdorf, Telefon 09187 / 2315; Ernst Bergmann, Klaus-Peter Binanzer, Barbara Beck, Kerstin Pommereit, Ursula Weser. Fotos: SPD-Ortsverein Altdorf. - Layout: Bernhard Heinlein. - Anzeigen: Renate Pohl, Klaus-Peter Binanzer. - Namentlich gekennzeichnete Artikel, Leserbriefe und Kommentare stellen die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion dar. - Druck: PuK Print, 91217 Hersbruck. - Auflage: 7200. - Wird allen Haushalten der Stadt Altdorf kostenlos zugestellt. - Erscheint viermal jährlich.

Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein inklusives Bildungssystem...".

Das vom Deutschen Bundestag verabschiedete entsprechende Gesetz hat einen harten, emotional aufgeladenen, öffentlichen Streit ausgelöst, der die Betroffenen in vielfältiger Weise verunsichert. Sie fordern aber weiterhin – nicht erst seit 2009! – personelle, finanzielle wie sächliche Ressourcen und Voraussetzungen, damit u.a. auch dem Wortsinn (Inklusion lat. includere = einbeziehen) entsprochen wird: Die Gesellschaft ist so zu gestalten, dass jeder Mensch in allen Bereichen des täglichen Lebens von Anfang an teilhaben kann.

Um dabei weiterhin mitzuhelfen, stehen sie alle selbstverständlich jederzeit gerne für umfänglich förderliche Gespräche, Debatten und Aktivitäten wie Maßnahmen zur Verfügung – sie sind nämlich die wahren Experten! Auch dieses Blatt kann durchaus wieder die fachliche Diskussion bzw. praktische Umsetzungen "unter die Lupe nehmen", aufgreifen und als unterstützendes Medium dienen – sind doch sozialdemokratische Themen bzgl. so genannter "Benachteiligter und Minderheiten" stets auch christlich-ethischen Ursprungs! Wer könnte bestreiten, dass für die Realisierung o.g. Ansprüche in jedweder Ausprägung Altdorf schon seit sehr langer Zeit und auch fürderhin einen hervorragenden Betätigungsort darstellt – dies jedoch bitte ohne Schaumschlägerei und Verunglimpfungen wie Wichtigtuerei und Halbwahrheiten, sondern in stets zielführender, fachlich höchst qualifizierter, gesellschaftlich innovativer, andauernd ehrlicher Kommunikation mit jenen Menschen, die Inklusion wie Teilhabe einfordernl

> Andreas Kasperowitsch, Stadtrat



"Fußgängerfreundlicher" Übergang von der Hackenrichtstraße zur Riedener Straße.

Viel erreicht, noch viel zu tun – ein Jahr Große Koalition von Gabriela Heinrich, Mitglied des Deutschen Bundestages



Nach gut einem Jahr Große Koalition ist es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Dabei muss man feststellen: Natürlich konnten wir mit der Union nicht alle unsere Forderungen aus dem Wahlkampf umsetzen. Aber wir haben viel erreicht. Die treibende Kraft in dieser Großen Koalition sind wir, die SPD-Bundestagsfraktion.

Mit dem Gesetzlichen Mindestlohn geben wir der Arbeit von Millionen Menschen Wert und Würde zurück. Wir stärken so auch die Tarifbindung und sorgen dafür, dass mehr Beschäftigte von Tariflöhnen profitieren. Ich persönlich sehe die Einführung des Mindestlohns als historischen Durchbruch, weil er viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen macht und dem Lohndumping ein Ende setzt. Aktuell planen wir ein neues Programm, mit dem Langzeitarbeitslose stärker gefördert werden sollen. Auf der Agenda stehen u.a. noch Korrekturen bei der Leiharbeit und die Frauenquote für Aufsichtsräte.

Ein weiterer Meilenstein ist unser Rentenpaket mit dem wir endlich Gerechtigkeitslücken schließen und denjenigen helfen, die lang und hart gearbeitet haben. Wer 45 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, kann künftig schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen – also zwei Jahre früher als bisher. Außerdem bekommen Mütter und Väter, die vor 1992 Kinder erzogen haben pro Kind künftig zwei Erziehungsjahre anstatt einem angerechnet. Und Menschen, die aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig werden, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente.

Im Koalitionsvertrag haben wir zusätzliche Investitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft in Höhe von neun Milliarden Euro durchgesetzt. Ab 2015 übernimmt der Bund die Kosten des BAföG vollständig. Die Länder werden so um rund 1,17 Milliarden Euro entlastet und können die frei werdenden Mittel für Schulen und Hochschulen verwenden. Für Krippen und Kitas investiert der Bund weitere 750 Millionen Euro und für die Weiterfinanzierung des Hochschulpakts stellen wir 1,3 Milliarden zur Verfügung.

Die Entlastung der Kommunen hat für uns ebenfalls größte Priorität, denn die Kommunen sind der Ausgangspunkt für eine gute Lebensqualität und ein zentraler Grundpfeiler für unsere Gesellschaft. Deshalb übernimmt der Bund die Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung jetzt ganz. Für Städte und Gemeinden bedeutet das eine Entlastung von 5,5 Milliarden Euro allein im Jahr 2014. Mit dem Programm "Soziale Stadt" fördern wir mit zusätzlichen Mitteln eine nachhaltige Stadtentwicklung und haben zudem das Modellprogramm "Jugend stärken im Quartier" auf den Weg gebracht. Altersgerechter Umbau von Wohnraum wird auf Druck der SPD wieder mit einem Zuschuss gefördert. Auf der Agenda steht unter anderem noch die "Mietpreisbremse".

Das Pflegestärkungsgesetz erhöht die Pflegeleistungen insgesamt um vier Prozent, baut die finanzielle Unterstützung für den Umbau der eigenen Wohnung aus, verbessert die Betreuung in den Pflegeeinrichtungen und schafft flexiblere Möglichkeiten für Angehörige, eine Auszeit in Form der Kurzzeit- und Verhinderungspflege in Anspruch zu nehmen. Die zweite Stufe der Pflegereform wird dann noch in dieser Legislaturperiode einen neuen Pflegebedürftig-

keitsbegriff bringen, der viele besser, aber keinen schlechter stellen soll.

Mit der Einführung des Doppelpasses haben wir es geschafft, dass sich Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, nicht mehr zwischen der deutschen und der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern entscheiden müssen. Aktuell versuchen wir zudem, die Lage der Flüchtlinge in unserem Land deutlich zu verbessern. Die Residenzpflicht wird fallen, der Zugang zum Arbeitsmarkt wird deutlich erleichtert, Sprachförderung ausgebaut und

die Asylverfahren werden verkürzt. Auch diese Punkte sind wichtige Schritte hin zu einer besseren Integration.

Natürlich ist uns trotz allem klar, dass es noch viel zu tun gibt für uns. Wir müssen zum Beispiel Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf schaffen und gehen damit jetzt mit dem Elterngeld Plus einen weiteren Schritt. Wir müssen dafür sorgen, dass Frauen bessere Karrierechancen erhalten und gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird.



Unsere Stärke: alkoholfrei Die Entscheidung für ein positives Leben

Wir haben ...

... keine Rezepte oder Patente, aber Zeit für Gespräche und Zuwendung

In unserer Gruppe ...

- ... sind alle willkommen: Betroffene und Angehörige
- ... informieren wir über Wege der Selbsthilfe bei Alkohol- und anderen Suchtproblemen
- ... suchen wir gemeinsam nach Lösungen für Alltagsprobleme

Altdorf - AWO Guttempler-Gesprächsrunde
Mittwoch von 19:00 bis 20:30 Uhr





Café Sport Bavaria



Arbeitspolitik für gute digitale Arbeit Bericht vom Kleinen Parteitag, Leitantrag des SPD Landesvorstands vom 15.11.2014



Die Gestaltung der digitalen Arbeitswelt stellt an uns, die SPD, einen Handlungsauftrag, der uns vor neue Herausforderungen stellt, arbeitspolitische Rahmenbedingungen zu setzen. Diese Herausforderungen stellen sich bezüglich der per-

sönlichen und gewerkschaftlichen Beteiligungsrechte, der Definition des Arbeitnehmerinnenund Arbeitnehmerbegriffs, eine neue Definition der Arbeitszeit und des Betriebs- und
Beschäftigungsbegriffs. Auch das Thema Weiterbildung als staatliche und öffentliche Aufgabe und die damit verbundene Forderung nach
einem Landesbildungsgesetz erhält damit eine
neue Dimension. In diesem Kontext, das wurde auch im Leitantrag deutlich, gibt es viele unbeantwortete Fragen: - die Auswirkungen der
Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt - Konzepte, die eine Abkopplung von "Verlierern" der Entwicklungen verhindern - Die Auswirkungen bezüglich der regionalen Unterschiede.

Klar ist jedoch, dass nur durch eine moderne digitale Infrastruktur in den Regionen eine Zentralisierung von Beschäftigung und Wertschöpfung verhindert werden kann. Das heißt, ein bestmöglicher Ausbau digitaler Netze im ländlichen Raum ist unbedingt erforderlich! Es besteht die Gefahr von Machtkonzentrationen im

Zuge der Einbettung der Digitalisierung in die Globalisierung. Hier gibt es bisher keine gültigen Antworten.

Die SPD fordert daher in ihrem Leitantrag: - einen Arbeitnehmerbegriff, der nicht nur wirtschaftliche Effizienz, sondern auch die Befriedigung humaner Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umfasst - einen Beteiligungsbegriff, der die individuellen Beteiligungsrechte stärkt (gewerkschaftliche Organisation) - Mitbestimmungsrechte, betriebsrätliche Organisation - Einen realitätsgerechten Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmerbegriff und eine realitätsgerechte Abgrenzung zur Selbständigkeit - Einen Arbeitszeitbegriff, der regelt und auch Flexibilität schafft - Einen Beschäftigungsbegriff im Sinne hochwertiger tariflicher Regelungen - Eine klare Definition des Betriebsbegriffs zur Garantie der Arbeitnehmerrechte.

Der Leitantrag des Parteitags möchte Rahmenbedingungen für soziale und arbeitnehmerrechtliche Standards in einer sich verändernden Arbeitswelt setzen. Ein gelungener Anfang auf Landesebene, den zu verfolgen und dessen Weiterentwicklung zu beobachten es sich lohnt. Hier heißt es insbesondere im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte, die Arbeitszeitgestaltung und die Definition des Beschäftigtenbegriffs äußerst wachsam zu sein.

Ursula Weser, Stadträtin, SPD Landesvorstand, Stellvertretende AfA Landesvorsitzende

Friseursalon Martin - Fleischmann

Marc Fleischmann Collegiengasse 6

90518 Altdorf (09187) 5448

Di., Mi. u. Fr. 8.00-17.30 Do. 8.00-20.00

Sa. 7.00-12.00 auch ohne Termin Unser Angebot:
Feste Terminvereinbarung
Keine Wartezeiten
Individueller Personalwunsch

Ihr Nutzen: Persönliche Beratung Höchstmögliche Qualität



Altdorfer Frauengeschichten - Sophia von Henneberg

Nach Sophia von Henneberg ist die Ringstraße im Neubaugebiet an der Rascher Straße benannt. Ihr ist im besonderen die Entwicklung Altdorfs zu einem bedeutenden Markt zu verdanken. Von ihr stammt der Freiheitsbrief (6. März 1368), der einen dauerhaften Wochenmarkt "zu Nutz unseren Bürgern und armen Leuten" in Altdorf installiert. Zusätzlich stiftete sie sieben Jahrmärkte, von denen noch der Lichtmessmarkt, der Ostermarkt, der Pfingstmarkt ("auf den Dienstag Inn der Pfingstwochen"), der Martinimarkt und der Thomasmarkt bestehen. Auch auf den "sanct lorentzen Tag" war ursprünglich ein Markttag festgelegt. Die Grafen von Henneberg waren ein fränkisches Adelsgeschlecht, das in den direkt dem Deutschen Reich unterstehenden Fürstenstand aufstieg. Der Stammsitz befand

sich im heutigen thüringischen Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Sophia war die Frau des Nürnberger Burggrafen Albrecht des Schönen (*1319,† 4. April 1361). Sie war Erbin der Besitztümer Schmalkalden und Hildburg-hausen. Zu den Besitztümern des Nürnberger Burggrafen gehörte damals auch Altdorf (seit 1360). Die Altdorfer Marktrechte verlieh sie somit nach dem Tod ihres Gatten als Besitzerin der Stadt. Das Henneberger Wappen trägt, wie der Name schon sagt, eine Henne. Ein Exemplar dieses Wappens ist im Chor der Laurentiuskirche zu finden. Auch Varianten in der Kombination von Henne und Hohenzollernwappen (ihr Ehemann Albrecht der Schöne) belegen die Präsenz der Burggräfin in Altdorf. Sophia von Henneberg starb im Jahr 1372.

Ursula Weser.Stadträtin



Tel.: (09187)902462

Bleichanger 1 - 90518 Altdorf e-mail: info@blumen-loos.de

Internet: blumen-loos.de Fax: (09187)902464

- Trendfloristik
- Hochzeits- und Eventdeko
- Innenraumbegrünung
- Trauerfloristik
- Grabgestaltung und -pflege
- Fleurop-Lieferdienst

Wir sind Ihr PARTNER!

Reparatur - Wartung Kundendienst - Notdienst

schnell - leistungsfähig - zuverlässig



Angelika Weikert, MdL: Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Bayern



In vielen Regionen der Welt sind Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die meisten werden von unmittelbaren Nachbarstaaten aufgenommen, deren Bewohnern es oft nur unwesentlich besser geht als den Flüchtlingen selbst. Auch in Deutschland kommen Menschen aus Krisengebieten an. Ihnen Schutz und Hilfe zu gewähren ist keine freiwillige Leistung, sondern eine Verpflichtung, die sich aus internationalen Verträgen ergibt.

Aktuell geht das Bundesamt für Migration und Flüchtlingsschutz (BAMF) von 200.000 Asylbewerbern für das Jahr 2014 aus, ca. 35.000 davon kommen nach Bayern. Der aktuelle Anstieg der Zugangszahlen war vorhersehbar. Schon innerhalb der letzten Legislaturperiode kam es zu einer Verfünffachung der Asylbewerberzahlen in Bayern. Zudem hat das BAMF seine Prognosen stetig nach oben korrigiert. Die CSU-Staatsregierung hat auf diese Entwicklungen nicht reagiert, obwohl sich be-

reits 2012 die Lage in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen zuspitzte und die Verantwortlichen vor Ort die dauerhafte Schaffung zusätzlicher Plätze anmahnten. Unsere Anträge nach weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen wurden abgelehnt, Notlösungen zu Dauerzuständen und die Überlastung der Beschäftigten billigend in Kauf genommen.

Mit einem Winternotfallplan hat die Staatsregierung provisorische Lösungen zur Entlastung der Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen. Die Zeit, die Asylbewerber und Flüchtlinge dort verbringen, soll so kurz wie möglich gehalten werden. Der Mangel an geeignetem Wohnraum verhindert jedoch derzeit in vielen Fällen, dass Auszugsberechtigte die Gemeinschaftsunterkünfte verlassen können. Die SPD-Landtagsfraktion hat daher ein Sonderprogramm beantragt, das Kommunen und Wohnungsbauunternehmen bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber und Flüchtlinge fördert.

Für die bessere Betreuung der Flüchtlinge fordern wir eine Absenkung des Schlüssels in der Asylsozialberatung auf 1:100. Die Beschäftigten in den Unterkünften und Beratungsstellen sind seit langem überlastet, da sie teilweise an die 300 Menschen betreuen müssen. Ohne eine Vielzahl von ehrenamtlichen Helfern würde die Lage noch dramatischer aussehen. Die SPD fordert die Staatsregierung mit einem Antrag auf, bayernweit Koordinierungs- und Informationsstelle für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit einzurichten. Darüber hinaus ist die Forderung nach einer Informationsplattform zu rechtlichen und organisatorischen Grundfragen enthalten sowie die Aufforderung. die Erstattung von Auslagen und Fahrtkosten an Ehrenamtliche zu ermöglichen.

Die Aufgabe, weitere Schutzsuchende aufzunehmen, wird uns auch in den kommenden Jahren beschäftigen. Viele Flüchtlinge können in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimatländer zurückkehren. Für uns als Sozialdemokraten bedeutet dies, dass wir um Akzeptanz und Offenheit in der Bevölkerung für die Aufnahme von Flüchtlingen werben und sie bei ihrer Integration unterstützen.



Teil des Notfallplans der bayerischen Staatsregierung: die ehemalige Fachakademie als Erstaufnahmeinrichtung für 120 - 180 Personen



Weidentalstraße 4 90518 Altdorf b. Nürnberg Tel 09187 804101 Fax 09187 804139

Das Drama mit der Dreifachhalle oder: Altdorf, die Stadt der Hallenschließer



Nach der Stadthalle vor drei Jahren nun also auch die Dreifach-Turnhalle beim Leibniz-Gymnasium: von einem auf den anderen Tag geschlossen! Im Zuge der Sanierung der kreiseigenen Hochbauten sollte auch die Dreifachturnhalle sa-

niert werden. Dabei wurde dann PCB-Belastung in der Raumluft festgestellt, was zur sofortigen Schließung führte. Damit aber nicht genug: Es wurden auch wesentliche Statik-Mängel aufgedeckt (Gefahr: Spontaneinbruch ohne vorherige Rissbildung – quasi Warnung!).

Am 3. November beschloss der Kreistag daher. dass die Halle nicht saniert, sondern neu gebaut werden soll, da ein Neubau wirtschaftlicher sein wird. 74% der Kosten trägt der Landkreis, 26% der Schulverband Altdorf, wovon der Löwenanteil auf Altdorf fällt. Leider sieht das FAG-Förderprogramm keine Sonder- oder "Luxus"-Einrichtungen vor wie eine Zuschauertribüne oder ein Foyer, sondern nur die blanke Turnhalle, sprich Halle, Umkleidekabinen, Toiletten usw. Aber die sogenannte "Luxus"-Einrichtung einer Tribüne kann ja nun nicht allen Ernstes als solche bezeichnet werden, denn nicht nur für schulische Veranstaltungen, auch jenseits des Sports, sondern auch für Wettkämpfe der Vereine, die die Halle in großem Umfang nutzen, ist eine Zuschauertribüne unabdingbar. Heißt das im Klartext: Wenn Altdorf eine Tribüne will, müssen wir sie alleine und selber bezahlen? Hier ist hoffentlich das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Wer von einem Baubeginn noch 2015 ausgeht – wie Herr Landrat Kroder – ist ein großer Optimist; es muss ein Planer gefunden werden, es muss ein neues VOF-Verfahren eröffnet werden, das sich erfahrungsgemäß mindestens sechs Monate hinzieht. Außerdem: Der 15. Oktober jeden Jahres ist die Deadline für die Einreichung von Förderanträgen bei der Regierung von Mittelfranken – für 2014 ist das schon mal vorbei...

Zur Zeit fällt nicht nur ein Großteil des Schulsports aus (obgleich die Schulen sich in großer Flexibilität mit Hallennutzungen in anderen Gemeinden behelfen), sondern auch Unmengen an Trainingsstunden der Sportvereine und -abteilungen, für die es nicht so einfach ist, alternative Übungsräume zu finden. Ganz abgesehen davon, dass kein Raum mehr für Wettkämpfe da ist. Die Halle war eben während der Woche jeden Tag von 8 bis 22 Uhr durch Schulen und Vereine belegt und am Wochenende durch Turniere und Wettkämpfe. Völlig unerträglich ist es angesichts dieser Tatsachen, dass nun aufgrund des erforderlichen Neubaus wieder der Ruf nach einer "Multifunktionshalle" laut wird, in der auch Kulturveranstaltungen möglich sein sollten. Bei der Belegungsdichte durch den Sport muss iedem klar sein, wo da die Kultur bleiben würde...

Die SPD-Stadtratsfraktion sagt: Wir brauchen so schnell wie möglich eine neue Sporthalle, aber wir brauchen auch eine Stadthalle, die der Kultur einen Raum bietet.

Karin Völkl, Stadträtin



STEUERKANZLEI HALLERMEIER

"Wenn dem Menschen am Ende seines Lebens ein Lächeln übrig bleibt, so ist das ein sehr anständiger Reisebeginn."

(Horst Wolfram Geissler)

Ihre Steuerkanzlei für:

Steuerberatung Testamentvollstreckung Nachlassverwaltung



Telefon 09187 / 40 91 666 Fax 09187 / 40 91 668 info@steuer-hallermeier.de www.steuer-hallermeier.de Steuerkanzlei Hallermeier Raphaela Hallermeier Röderstraße 6 90518 Altdorf b. Nürnberg



Sie haben Interesse an einer Anzeige in der LUPE ? Dann wenden Sie sich bitte an Frau Renate Pohl, Tel. 09187/5374



WIR GRATULIEREN

Herrn Helmut Fürst

zum 65. Geburtstag am 6. Januar

Herrn Peter Burghard

zum 81. Geburtstag am 12. Januar

Herrn Robert Holzmann

zum 50. Geburtstag am 16. Februar

Herrn Heinz Mösonef

zum 85. Geburtstag am 3. März

Herrn Manfred Fischer

zum 50. Geburtstag am 12. März

Herrn Herbert Creutz

zum 65. Geburtstag am 17. März

Herrn Kurt Edl

zum 82. Geburtstag am 24. März

Herrn Otto Hauter

zum 70. Geburtstag am 31. März

Wer seine Geburtstagsdaten nicht veröffentlicht haben möchte, möge dies mindestens zwei Monate vorher der LUPE-Redaktion bekanntgeben.

TERMINE

Sitzungen Stadtrat und Ausschüsse (Änderungen möglich):

Di. 13.01.,14.00 Uhr, Hauptausschuss Di. 20.01.,18.30 Uhr, Stadtrat Do. 22.01.,15.00 Uhr, Bau- u. Umweltaussch. Di. 24.02.,18.30 Uhr, Stadtrat

Neujahrsempfang der Altdorf SPD im Sport-Bavaria

Dienstag, 06. Januar 2015, ab 11 Uhr

Faschingsball der SPD Altdorf im Sportpark an der Heumannstraße:

Samstag, 07. Februar 2015, 20 Uhr.

Sie haben Interesse an einer Anzeige in der LUPF?

Dann wenden Sie sich bitte an Frau Renate Pohl, Tel. 09187/5374

BAUMARKT Altdorf

- DER FACHMARKT FÜR PRAKTIKER -H. u. P. SCHARRER

Baustoffe - Werkzeuge - Eisenwaren Elektrobedarf - Sanitärmaterial - Gartenbedarf Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 8.00 bis 18.00 Uhr Sa. 8.00 bis 13.00 Uhr

Baumarkt Altdorf - Schießhausstraße 17 - 90518 Altdorf
Telefon: (0 91 87) 50 12 - Telefax: (0 91 87) 65 32 - E-Mail: baumarkt-altdorf@t-online.de

Der Bauantrag (Ähnlichkeit mit tatsächlichen Ereignissen wäre rein zufällig)

Anfrage:

Mein Name ist Xaver Meierlein, ich wohn' bei meine Leit daheim Hiermit stelle ich Bauantrag. indem dass ich bald bauen mag. Weil meine Freindin Kreszenz Schall ein' Bausparer hat bei Schwäbisch Hall, welcher demnächst fällig wird und das Haus halb finanziert: für die allergrößte Not hab ich noch ein' von Wüstenrot. Mein Vater ist noch recht gesund und schenkt fürs Bauen uns den Grund. Ich hoff', in zwei Wochen oder drei kommt die Genehmigung, der Plan liegt bei. PS. Damit ich ganz gwieß bauen kann, hängt ein Fuchzger hinten dran!

Antwort:

Sehr geehrter Herr Meierlein, Ihr Bauantrag ging bei uns ein. Nach langer Prüfung Ihres Plans hat der Antrag keine Chance. Weil erstens fehlt schon der Kanal. den bräuchten Sie auf jeden Fall, zweitens wurde uns bekannt. ist Ihr Baugrund Ackerland: mitten dort in der Prärie krieg'n Sie die Genehmigung nie. Den Plan erhalten Sie anbei zurück. alles Gute und viel Glück! Sie müssen sich um was andres schauen, mit freundl. Grüßen, wir bedauern. PS. 54 Mark ist die Gebühr. also kriegen wir noch vier.

Verschärfte Anfrage:
Sehr geehrtes Landratsamt,
ich glaube dir ist nicht bekannt,
mit wem du es zu tuen hast,
weil du mich nicht bauen lasst.
Mein Vater ist bei der CSU
und ich gehöre auch dazu.
Sollt' ich die Genehmigung nicht erhalten,

dann werd ich die Bartei einschalten. Diese wird dir die Meinung geigen und dir in die Eisen steigen; drum sei nicht dumm, sondern gescheit und schicke mir den Baubescheid. PS. Morgen mauern wir den Keller! Hochachtungsvoll – der Antragsteller.

Verschärfte Antwort:

Um Gottes willn, Herr Meierlein, lassen Sie das Bauen sein! Was Sie tun, ist illegal und führt dazu auf jeden Fall, dass Sie Strafe zahlen müssen und das Haus wird abgerissen. Das ist doch nicht in Ihrem Sinn, der Bausparer ist auch noch hin. Dann haben Sie nichts mehr zu lachen, da kann auch die CSU nichts machen. Und das mit der Kellermauerei ist eine große Sauerei! PS. Wir dürfen auf Ihr Verständnis hoffen, die 4 DM, die sind noch offen.

Tragisches Ende:

Ich. das arme Meierlein. stell das Bauen hiermit ein. Die Freindin ist mir abgehauen und ich kann in die Röhre schauen, weil ich den Finanzierungsplan ohne sie nicht halten kann Die 100.000 von Schwäbisch Hall hätten gelangt auf jeden Fall, doch bloß der Grund und Wüstenrot sind mein finanzieller Tod Den Keller könnt' ich noch begleichen, für'n Rohbau tät's schon nicht mehr reichen. Ich bin allein, und ohne Zenz zieh' ich folgende Konseguenz: Ich werde meinen Grund verkaufen und mir vor Zorn an Rausch ansaufen! PS. Ihr kriegt noch ein paar Mark von mir. Soviel ich weiß, waren es vier. Ihr werdet morgen zehn erhalten und den Rest, den könnt's euch b'halten!

Verfasser unbekannt

Jahreshauptversammlung des SPD-Unterbezirks



Die gut 70 SPD-Delegierten im Landkreis Nürnberger Land stehen hinter ihrer Führung und zu ihrer Partei. Sie zeigten sich bei der Jahreshauptversammlung am Wochenende in der Waldschänke in Neunkirchen und wählten mit großer

Mehrheit Martina Baumann, die neue 1. Bürgermeisterin in Neunkirchen wieder zu ihrer Vorsitzenden. "Vieles ist schwieriger für uns geworden, es lieat viel Arbeit vor uns, aber gemeinsam werden wir dies meistern". Bei der Wahl wurden auch Elfi Beck als Schatzmeisterin und Waltraud Haider als Schriftführerin im Amt bestätigt. Stephan Krimm aus Hersbruck und Ernst Bergmann aus Altdorf komplettieren den "engeren Vorstand" als stellvertretende Unterbezirksvorsitzende. In ihrer Begrüßung betonte Martina Baumann, dass die Partei im Nürnberger Land zusammen mit ihren Ortsvereinen in den zurückliegenden Monaten bei der Vielzahl an Wahlen einen immensen Einsatz gezeigt hatte und dankte allen, die diese großen Aufgaben meisterten. Als Gäste konnte sie die Betreuungsabgeordnete für den Bundestag Martina Stamm-Fibich und Bezirksrat Dr. Horst Krömker begrüßen.

MdB Martina Stamm-Fibich berichtet aus Berlin "Gesagt. Getan. Gerecht.", überschrieb MdB Martina Stamm-Fibich ihre engagierte Rede und verwies auf eine Reihe von Umsetzungen der SPD-Themen in der bisherigen Legislaturperiode. "Die Rente nach 45 Beitragsjahren, eine verbesserte Erwerbsminderungsrente, eine höhere Rente für Mütter (und Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Ein gesetzlicher Mindestlohn mit Verbesserungen im Tarifrecht, die EEG-Reform, aber auch die längst fällige Entlastung der Kommunen standen auf der Agenda und wurden bereits umgesetzt." Dass kein Stillstand entstehen wird zeigt sich beispielsweise im Bereich "Arbeit und So-

ziales", denn hier gibt es drei Themen-Schwerpunkte, die zielstrebig angegangen werden. Zum einen der Missbrauch von Leiharbeit, der begrenzt werden soll und muss. Dazu wurde im Koalitionsvertrag festgehalten, dass es eine gesetzliche Regelung zur Überlassungshöchstdauer und EqualPay nach 9 Monaten geben soll. Zum anderen soll dem Missbrauch von Werkvertragsgestaltung Einhalt geboten werden. Dies wolle man über eine Erweiterung der Mitbestimmung des Betriebsrates, über verschärfte Sanktionen bei verdeckter Arbeitnehmerüberlassung und über eine effektivere Überprüfung durch die Finanzkontrolle garantieren. Und als dritter Punkt soll der Übergang aus dem Erwerbsleben in die Rentenzeit flexibler gestaltet werden. Mögliche Modelle werden derzeit ausgearbeitet. "Wir nehmen unsere Regierungsverantwortung an und wir nehmen sie ernst", so Martina Stamm-Fibich zu den Delegierten im Nürnberger Land, "ich bin fest davon überzeugt, dass wir in der Bundestagsfraktion gute Arbeit leisten, dass wir unsere Schwerpunkte zielgerichtet und zügig anpacken, dass wir die im Koalitionsvertrag ausgehandelten Möglichkeiten zügig ausschöpfen, um unsere Proiekte voranzutreiben. Die Handschrift der SPD ist unverkennbar."

Rückblick von Martina Baumann Der Rechenschaftsbericht der 1. Vorsitzenden war vor allem geprägt von den Ergebnissen der Wahlen der zurückliegenden Monate. Hier konnten nicht alle gesteckten Ziele erreicht werden, denn weder im Bund, im Land noch im Bezirk ist die SPD im Nürnberger Land mit einem Abgeordneten vertreten. Mit Christian Nürnberger für den Bundestag und Ernst Bergmann für den Landtag, der nach dem überraschenden, aber nachvollziehbaren Rücktritt von Dr. Thomas Beyer trotz eines engagierten und furiosen Wahlkampfes nicht belohnt wurde und knapp scheiterte, hatte man zwei kompetente und anerkannte Kandidaten. Das galt auch für Michael Groß für den Bezirkstag der sich trotz hervorragender sozialer Kompetenz und einem mehr als achtbaren Stimmergebnis nicht durchsetzen konnte. Dies stelle die SPD im Kreis vor eine bisher nie gekannte Situation, die man in den kommenden Jahren iedoch mit intensiver Arbeit vor Ort in den Städten und Gemeinden. aber auch mit einer breiteren Vernetzung innerhalb der Region Mittelfranken meistern wolle und werde. Der Fortbestand des bisherigen Bürgerbüros am Laufer Marktplatz ist dabei ein wichtiger Standortfaktor. Dort wird neben den Betreuungsabgeordneten für Bund und Land auch der Unterbezirk personell vertreten sein. Bei den Kommunalwahlen habe man sich in den Kommunen etablieren können. Sieben SPD-Bürgermeister und ein gemeinsam getragener unabhängiger Kandidat, die von der Bevölkerung direkt gewählt wurden sowie weitere acht SPD-Stellvertreter in den Kommunen belegen dies eindeutig und auch die Zahl der SPD-Vertreter in den Kommunalparlamenten sei gestiegen. Lediglich im Kreistag konnte man das gesteckte Ziel nicht erreichen. Mit Alexander Horlamus hatte man einen jungen und engagierten Kandidaten für die Position des Landrates aufgeboten und auch in der Listenaufstellung sowohl Personen als auch Regionen entsprechend positioniert. Inhalte und Personen müssen in zukünftigen Wahlkämpfen stärker an die Wähler vermittelt werden. Auch hier gelte für die kommenden Jahre eine bessere und intensivere Vernetzung im Kreis zu erreichen.

Leitantrag zur Stromtrasse Wichtigstes Thema des Parteitages, neben den Personalentscheidungen für die SPD im Nürnberger Land, der Leitantrag zur Stromtrasse durch den Landkreis. Mit dem Leitantrag an die Bundes-SPD und an Wirtschaftsminister Gabriel unter der Überschrift "Gegen die Stromtrasse durch das Nürnberger Land – für mehr dezentrale Energieversorgung und massive Förderung von Energiespeichertechnologien" hat man die Position der SPD im Nürnberger Land klar definiert. "Der geplante Netzausbau dient nicht den Menschen, sondern geht an den Bedürfnissen von Mensch und Natur vorbei" so sei dem Antrag zu entnehmen und man lehne "die vorge-

Elektro-Werthner

Fachbetrieb der Innung für Elektro- und Informationstechnik

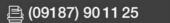
Wolfgang Werthner Meister der Elektrotechnik

Elektroinstallationen · EIB-Technik · Altbausanierung ISDN-Technik · Sat-Antennenanlagen · Kundendienst

Wir übernehmen gerne auch Ihre Kleinaufträge!

Elektro-Werthner I Am Sommeranger 9 I 90518 Altdorf-Unterrieden

((09187) 66 50



(0172) 80 58 88 6

Goldstein OHG Heizöl

Obere Wehd 5 · 90518 Altdorf · Tel.: 0 91 87 / 26 70 · Fax: 0 91 87 / 8 02 47

legten Planungen und der Bau einschließlich aller bekannten Alternativtrassen vollumfänglich ab". In der ausführlichen Begründung des Antrages verweist die Kreis-SPD auf eine Vielzahl von Risiken. Gefahren und Unwägbarkeiten ebenso, wie auf Belange des Umwelt-, Natur- und Denkmalschutzes hin. So ist der Trinkwasserschutz im Einzugsgebiet rund um die Quelleinzugsgebiete durch die bis zu 25m tiefen Fundamentgründungen ebenso in Gefahr wie der Landschafts- und Naturschutz in den sensiblen Gebieten des "Veldensteiner Forst" und des "Südlichen Jura". Diese gehören in großen Teilen zu einem von nur 30 in Deutschland ausgewiesenen "Hotspots der biologischen Vielfalt" und umfassen weite Teile des Nürnberger Landes. Nicht von der Hand zu weisen sind dabei vor allem auch die Belange der Gesundheit, da Langzeiterfahrungen mit derartigen Leitungen noch nicht ausreichend vorliegen, dies eine brandneue Technik sei und gesundheitliche Langzeitschäden nicht auszuschließen sind. "Eine ausreichende Entfernung von Hochspannungsleitungen zu Wohngebieten ist fest zu verankern", so die Forderung von Teilnehmern des Parteitages. Auch der Aspekt des privaten Eigentumsschutzes sei zu berücksichtigen, denn für die

Bewohner der Anliegergemeinden selbst kommt es beim Verlegen der Stromleitung im Bereich der "Vorzugstrasse" zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen. Immobilien in der Nähe der Trasse werden unverkäuflich oder aber müssen bei Verkaufsabsicht erheblichste Einbußen hinnehmen. Nach eingehender Aussprache und Diskussion wurde der Leitantrag, mit einer aus der Versammlung heraus geforderten, zusätzlichen Ergänzung, "die Umsetzung heimischer Energiesparpotentiale besser zu publizieren und zu fördern" einstimmig verabschiedet.

Der neu gewählte Unterbezirksvorstand Vorsitzende des Unterbezirkes Martina Baumann, Neunkirchen; stellvertretende Vorsitzende Stephan Krimm, Hersbruck, und Ernst Bergmann, Altdorf; Schatzmeisterin Elfi Beck, Schönberg; Schriftführerin Waltraud Haider, Feucht. Als Beisitzer wurden gewählt: Heidrun Beckmann, Altdorf; Michael Groß, Röthenbach; Claudia Hälter, Schwaig; Alexander Körber, Neunkirchen; Wolfgang Lahm, Burgthann; Irmgard Nagel, Röthenbach; Özlem Ödemis, Lauf; Kerstin Pommereit. Altdorf.

Kerstin Pommereit, Pressesprecherin der SPD Altdorf



Altdorfer Bilderrätsel

In lockerer Folge gibt es in dieser und in den nächsten Ausgaben der LUPE Bilderrätsel aus Altdorf zu lösen. Leicht übersieht man sehenswerte Motive, wie alte Steinzeichen, Bildsteine, Jahreszahlen oder auch Darstellungen, die Ortsgeschich-te erklären, an Altdorfer Häusern. Solche Motive gilt es nun zu erraten. Wenn Sie die Lösung wissen, schreiben Sie die Straße und die Hausnummer des Gebäudes, an dem das abgebildete Motiv zu sehen ist, auf eine Postkarte und senden sie an die LUPE-Redaktion, z. H. Klaus-Peter Binanzer, Sulzbacher Straße 16, 90518 Altdorf. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2015. Unter den Einsendern der richtigen Lösung verlosen wir wieder ein interessantes Buch. Die LUPE-Redaktion wünscht viel Spaß beim Suchen!



Auflösung des Bilderrätsels aus der letzten LUPE

Des Rätsels Lösung war dieses Mal der Obere Markt 13, also die Vorderseite des Gasthauses "Alte Nagelschmiede". Gezeigt wurde das Wappen der Familie Recknagel. Aufgrund der Vielzahl von richtigen Lösungen musste wiederum das Los entscheiden. Dabei hatte Frau Angelika Fritsch aus Altdorf das Glück auf ihrer Seite. Sie freute sich besonders über das Buch "Ich bin Malala" von Malala Yousafzai (Friedensnobelpreisträgerin 2014) mit Christina Lamb aus dem Knaur Verlag. Herzlichen Glückwunsch!



Mehr davon!



Das City-Management hat in unseren Augen gute Arbeit geleistet. Mit dem Einkaufsführer, der wohl zu Weihnachten in 11.000 Haushalte der Region verteilt wurde, bekamen die Stadt Altdorf und auch ihre Bürgerinnen und Bürger eine lang ersehnte Vi-

sitenkarte an die Hand gereicht, die sich wirklich sehen lassen kann. Vielen Dank an alle Beteiligten, die dieses Projekt, mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, verwirklicht haben.

Ein weiteres Projekt steht in den Startlöchern und wurde bereits von Herrn Dannhorn unter großem Applaus in der Lenkungsgruppe vorgestellt. Im nächsten Jahr werden an ausgewählten historischen Orten der Stadt hochwertige Hinweisschilder angebracht, die Besucherinnen und Besucher mit interessanten Informationen versorgen werden. Ein angebrachter QR-Code ermöglicht es ausländischen Besuchern, per Smartphone Texte auch in englischer Sprache empfangen zu können. Vielleicht können in Zukunft weitere Sprachen ergänzt werden.

Das Marktplatzfest fand ebenfalls großen Zuspruch und könnte sich zu einer regelmäßigen Veranstaltung entwickeln. Der Baustellenpass, ein Instrument, das den betroffenen Gewerbetreibenden am Marktplatz werblich unter die Arme greifen sollte, ging dagegen leider etwas unter. Dass sich die veranschlagten Kosten für das City-Management angesichts dieser hochwertigen Projekte erhöht haben, nehmen wir zur Kenntnis, schließen daraus aber nicht automatisch, dass die Arbeit im nächsten Jahr eingeschränkt werden sollte. Im Gegenteil! Weiter so!

Martin Tabor, Stadtrat und Mitglied der Lenkungsgruppe



Informationen zur Altdorfer SPD auch unter: www.spd-altdorf.de

Sie haben Interesse an einer Anzeige in der LUPE?

Dann wenden Sie sich bitte an Frau Renate Pohl, Tel. 09187/5374



Altdorf bei Nürnberg vom Weiher. Hermann Martin, Kunstverlag, Nurnberg 1899.

Die LUPE-Redaktion, der SPD-Ortsverein und die Stadtratsfraktion der SPD wünscht den Leserinnen und Lesern alles Gute im Jahr 2015